

Zu viel Staat bedeutet weniger Wohlstand

PIERRE BESSARD* • Juni 2020



Zusammenfassung

- Die aktuelle globale Rezession – die durch epidemiologische Präventivmassnahmen ausgelöst wurde – und die Ausgleichsmassnahmen für die Wirtschaft führen vielerorts zu einem neuen Rekordanstieg der Staatsausgaben und -verschuldung.
- Die umfangreichsten empirischen Studien zeigen einen eindeutig negativen Zusammenhang zwischen dem Gewicht des Staates und dem Wohlstand. Dies gilt selbst für Ausgaben, die als «produktiv» gelten – etwa in den Bereichen Bildung, Forschung oder Infrastruktur.
- Der Staat hat sein optimales Gewicht längst überschritten. Gemäss der Rahn-Kurve sollte je nach Qualität der Staatsausgaben ein Anteil von 15 bis 25 Prozent des Bruttoinlandproduktes nicht überschritten werden. Das Optimum liegt eher bei 12 bis 13 Prozent des BIP. Ein höherer Anteil schwächt das Wachstumspotential der Wirtschaft.
- Die Kosten der staatlichen Aufgaben umfassen die Aneignungs-, die Ineffizienz- und die Stagnationskosten. Im sozialen Bereich wirkt der Staat anreizmässig doppelt negativ, indem er Arbeit und Ersparnisse sowohl durch Steuern als auch durch Sozialleistungen unattraktiv macht.
- Eine Absenkung der Steuerbelastung und eine Refokussierung des Staates würden eine Rückkehr zu einem nachhaltigen Wirtschaftswachstum ermöglichen. Konkret könnte dies bedeuten, die Gewinn- und Kapitalsteuer – zwei der schädlichsten Steuern überhaupt – auf null zu senken, die direkte Bundessteuer – eine Anomalie im System – abzuschaffen und die Eigenverantwortung in den Bereichen Alters- und Gesundheitsvorsorge zu stärken.

* Der Autor ist Ökonom sowie Mitglied des Stiftungsrates und Direktor des Liberalen Instituts.

Die Auswirkungen des Staatsgewichts auf den Wohlstand werden wieder zu einem brennenden Thema. Dies angesichts der sich abzeichnenden tiefen globalen Rezession als Folge der präventiven Eindämmungsmassnahmen im Zusammenhang mit der Covid-19-Epidemie und der Ausgleichsmassnahmen für die Wirtschaft (siehe Grafiken unten). Hinzu kommt eine ultraexpansive Geldpolitik, die nochmals gelockert wurde – möglicherweise um einen Teil der Staatsverschuldung zu finanzieren –, was Befürchtungen vor inflationären Folgen weckt. Die zusätzlichen staatlichen Ausgaben zur «Ankurbelung» der Wirtschaft dürften zu einer weiteren Erhöhung des staatlichen Anteils am Bruttoinlandsprodukt (BIP) und damit zu einer nachhaltigen Schwächung der Marktwirtschaft führen, deren freie Funktionsweise positiv mit dem Wohlstand korreliert ist.

Abbildung 1: Zusätzliche Staatsausgaben in Prozent des BIP¹

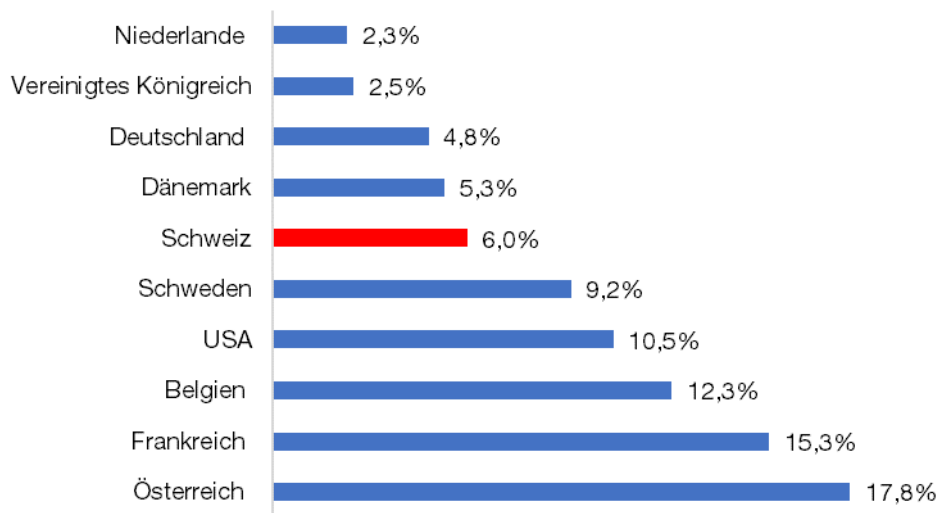
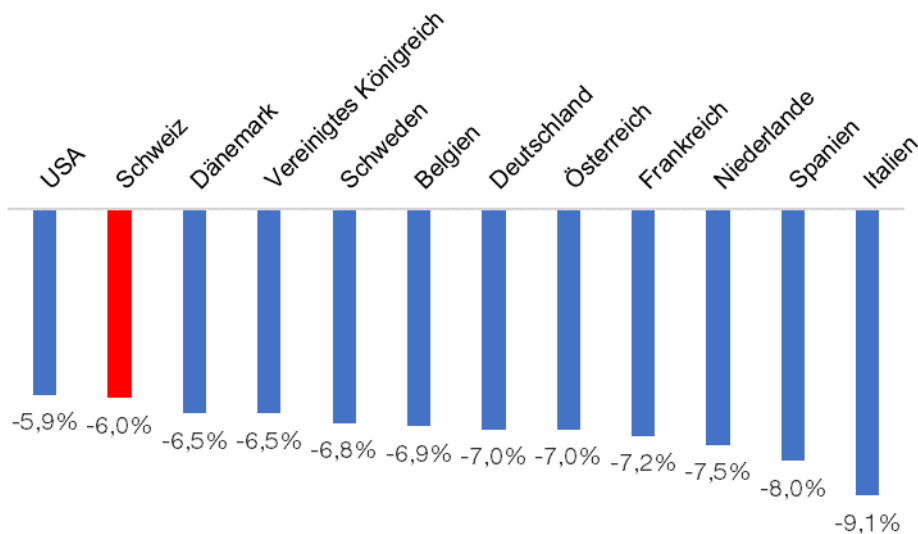


Abbildung 2: Erwarteter zyklischer Rückgang des BIP im Jahr 2020²



¹ Ceyhun Elgin, Gokce Basbug und Abdullah Yalaman, «Economic policy responses to a pandemic: Developing the Covid-19 economic stimulus index», Centre for Economic Policy Research Press, Nr. 3, April 2020.

² Internationaler Währungsfonds, «World Economic Outlook», April 2020.

Obwohl viele Ökonomen vor einer Gewichtszunahme des Staatssektors warnen, herrscht a priori keine Einigkeit über den Zusammenhang zwischen dieser Entwicklung und dem Wohlstand: Ökonomen, die in der Tradition des Keynesianismus stehen, behaupten weiterhin, dass öffentliche Ausgaben die Nachfrage ankurbeln und damit das Wirtschaftswachstum fördern könnten. Selbst die kritischsten Ökonomen tendieren zur Argumentation, dass die Art der Verwendung der Ausgaben mehr zähle als deren Umfang. Natürlich darf der qualitative Aspekt der Staatsausgaben nicht ignoriert werden: Es gibt wichtige Unterschiede zwischen einer unproduktiven Erhöhung des bürokratischen Personalbestands oder einer einfachen Umverteilung von Einkommen einerseits und sorgfältig entworfenen und debattierten Investitionen – zum Beispiel in die Infrastruktur – andererseits. Dennoch kann nachhaltiges Wirtschaftswachstum nicht mit einem übermässigen Staatssektor einhergehen: Empirische Erkenntnisse über das Verhältnis zwischen Staatsgewicht und Wohlstand zeigen dies anschaulich.

Lehren aus der Erfahrung

Kurzfristig kann natürlich eine nahezu unbegrenzte Anzahl von Faktoren das Wachstum einer Volkswirtschaft beeinflussen. Ein Land kann auch besondere Bedingungen im Zusammenhang mit anderen Politikbereichen wie der Geldpolitik oder Handelsliberalisierungen erfahren, die oft schwer vom Umfang des Staates zu isolieren sind. Aus diesem Grund lässt nur die Beobachtung einer repräsentativen Anzahl von Ländern über einen längeren Zeitraum hinweg relevante Schlussfolgerungen zu. Der Zusammenhang zwischen dem Staatsgewicht und dem Wohlstand wird damit eindeutig geklärt.³ Das Übergewicht des Staates hindert die Wirtschaft zwar nicht immer daran, zu wachsen. Aber diese wächst auf einem niedrigeren Niveau, was neben geringeren Einkommen zu höherer Arbeitslosigkeit oder niedrigerer Lebenserwartung führen kann.⁴

Konkret zeigt die Erfahrung, dass sich eine Zunahme des Staatsumfangs im Verhältnis zum BIP in einem langfristigen Wachstumsausfall niederschlägt. Während der Zeit der Staatsexpansion könnten die negativen Auswirkungen auf das Wachstum sogar noch grösser sein. Sobald sich die entsprechende Belastung stabilisiert hat, wird der Markt widerstandsfähiger, aber die Wirtschaft wächst dann langsamer⁵: Das Übergewicht des Staates führt zu einer systematischen Schwächung der wirtschaftlichen Effizienz, der Investitionen und der Innovation. Diese Realität sollte

³ Siehe Lorraine Mullaly, die 30 OECD-Länder über einen Zeitraum von 45 Jahren analysiert, zitiert in Pierre Bessard, «Individual Rights and Tax Oppression in the OECD», Zürich, Liberales Institut, 2017.

⁴ Dies spiegelt sich im jährlichen Fraser-Index wirtschaftlicher Freiheit wider, der vom Liberalen Institut mitherausgegeben wird.

⁵ Zu dieser Schlussfolgerung gelangten James Gwartney, Randall Holcombe und Robert Lawson, die 23 OECD-Länder im Zeitraum von 1960 bis 1996 und 60 Länder, darunter auch Länder mit weniger fortgeschrittenem Entwicklungsstand, im Zeitraum von 1980 bis 1995 analysierten. Siehe «The Size and Functions of Government and Economic Growth», Joint Economic Committee, April 1998. Ökonomen der OECD kommen zu ähnlichen Schlussfolgerungen und stellen fest, dass das Gewicht des Staates, gemessen an der Steuerlast oder den Staatsausgaben, «sowohl direkt als auch indirekt» einen negativen Einfluss auf die private Kapitalakkumulation hat; siehe Andrea Bassanini und Stefano Scarpetta, «The Driving Forces of Economic Growth: Panel Data Evidence for the OECD Countries», OECD Economic Studies, Nr. 33, 2001/II, S. 35.

nicht zu der Aussage verleiten, dass jegliche Tätigkeit des Staates schädlich sei, was bedeuten würde, dass ein Nullniveau des Staatshaushalts das günstigste Niveau für den Wohlstand wäre. Aber selbst wenn angenommen wird, dass der Staat bis zu einem gewissen Grad eine positive Rolle spielen kann – insbesondere beim Schutz der Eigentumsrechte, bei der Verwaltung der Justiz und der Sicherheitsproduktion sowie bei bestimmten Infrastrukturen –, ist klar, dass sich die Auswirkungen des staatlichen Aktivismus schnell in einer Verlangsamung des Wirtschaftswachstums niederschlagen, sobald die Funktionen und der Umfang des Staates ein Mindestmass überschreiten.

Diese Beobachtung gilt auch für Bereiche, in denen die Staatsausgaben als «produktiv» angesehen werden, insbesondere für die Bildung, Forschung und Infrastruktur: Es gibt keine erkennbaren positiven Auswirkungen der Staatsausgaben für Forschung und Entwicklung sowie anderer Kapitalsubventionen auf den Wohlstand.⁶ Die umgekehrte Behauptung ignoriert die empirisch beobachteten negativen Auswirkungen der entsprechenden Steuerbelastung. Der Staat ersetzt lediglich den Privatsektor, indem er die benötigten Einnahmen zunächst der Privatwirtschaft entzieht und sie dann nach einer weniger effizienten Anreizstruktur ausgibt.⁷ Aus denselben Gründen ergibt sich die kontraproduktive Wirkung der Entwicklungshilfe, der Regionalpolitik, aber auch von planwirtschaftlichen Ansätzen und Versuchen des Staates, aktiv Innovationen zu fördern.

Es mag überraschend erscheinen, dass das Engagement des Staates in Bereichen wie der Bildung, der Forschung oder der Infrastruktur nicht entscheidend ist. Doch in der Schweiz zum Beispiel finanzieren private Unternehmen 72 Prozent der Forschungsausgaben.⁸ Staatsausgaben schaffen letztlich eine Illusion: Die Ressourcenallokation ist unter anderem in Form von physischen Bauten sichtbar, die jeder beobachten kann. Was nicht gesehen wird, sind die Projekte des Privatsektors, die nicht finanziert werden konnten, weil die Mittel, die zur Finanzierung der Projekte des Staates benötigt werden, dem Privatsektor wegbesteuert wurden.⁹

Das negative, aber nicht lineare Verhältnis zwischen dem Staatsumfang und dem Wohlstand wurde insbesondere durch die nach dem amerikanischen Ökonomen Richard Rahn benannte Rahn-Kurve zur Ermittlung der «optimalen» Grösse des Staates formalisiert. Dieses Optimum liegt zwischen einem Zustand, in dem der Staat unfähig ist, grundlegende Aufgaben zum Schutz von Menschen und Eigentum und dem rechtlichen Rahmen für die Durchsetzung von Verträgen und Eigentumsrechten zu gewährleisten, und einer Situation, in der der Staat Wirtschaftswachstum und Wohlstand mit übermässigen Steuerbelastungen und zu hohen Ausgaben negativ beeinflusst. Auf dieser Grundlage erweist sich das Gewicht des gegenwärtigen

⁶ Patrick Minford und Jiang Wang testeten im Zeitraum 1970-2000 zwei Wachstumsmodelle, einen Aktivisten und einen Anreiz, um zu dieser Schlussfolgerung zu gelangen. Siehe «Public Spending and Growth», Studies on Debt and Growth, Institute for Research in Economic and Fiscal Issues (IREF), 2005.

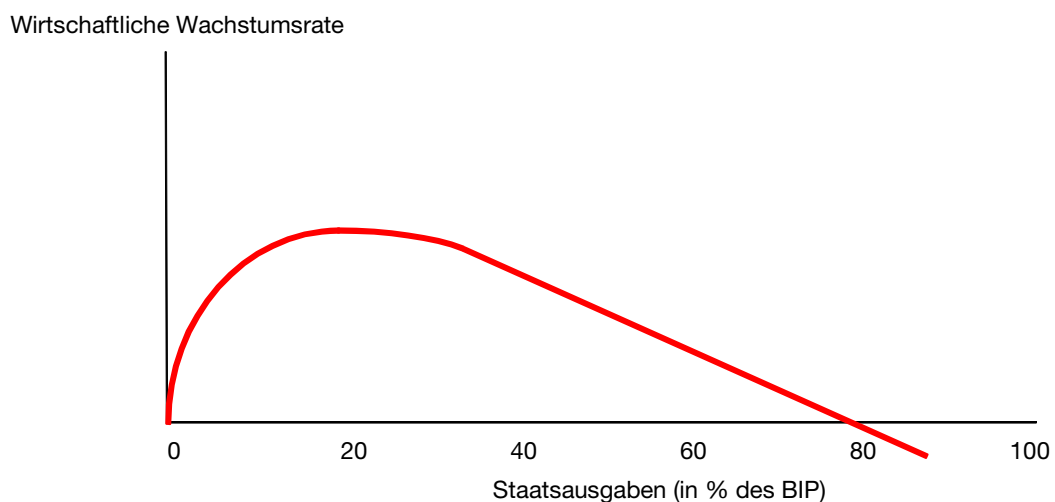
⁷ Minford und Wang, op. cit., S. 5-8. Die Autoren zitieren 24 repräsentative empirische Studien, die die negativen Auswirkungen der Steuerlast auf das Wirtschaftswachstum aufzeigen.

⁸ Quelle: Bundesamt für Statistik (Referenzjahr 2017).

⁹ Siehe zu diesem Thema: Frédéric Bastiat, «Ce qu'on voit et ce qu'on ne voit pas», Œuvres complètes de Frédéric Bastiat, 5. Band, Paris, Guillaumin, 1863, S. 336-392.

«typischen» Staates mit 30 bis 40 Prozent des BIP (in der Schweiz beträgt die Staatsquote gegenwärtig 32,9 Prozent des BIP¹⁰) im Verhältnis zum Ziel eines optimalen Wirtschaftswachstums als viel zu hoch. Der öffentliche Sektor sollte demnach 15 bis maximal 25 Prozent des BIP betragen – einschliesslich der zentralen, regionalen und kommunalen Ebenen und allfälliger Sozialversicherungen. Aufgrund der Übernahme von immer mehr Aufgaben durch den Staat, die idealerweise der Marktwirtschaft oder der Zivilgesellschaft zufallen sollten, wird diese Einschätzung jedoch nach oben verzerrt. Die «optimale» Quote dürfte eher bei 12 bis 13 Prozent des BIP liegen, wie nachfolgende Abbildung zeigt.

Abbildung 3: Die Rahn-Kurve¹¹



Die Kosten staatlicher Ausgaben

Die Erfahrungen aus der Praxis zeigen zwar deutlich einen negativen Zusammenhang zwischen einem Staatsumfang, der über dieses Optimum hinaus wächst, und dem Wohlstand. Aber die Erfahrung veranschaulicht dieses Verhältnis nur, sie erklärt es noch nicht. Die Erklärung dieser Kausalität ist umso wichtiger, weil sie trotz ihrer empirischen Belegung regelmässig in Frage gestellt wird. Daher ist es wichtig, die Kosten des staatlichen Aktivismus zu analysieren.

Der erste Kostenfaktor ist natürlich die Aneignung von Ressourcen: Jede staatliche Ausgabe erfordert eine Finanzierungsquelle, die der Privatwirtschaft entzogen wird. Damit stehen der Privatwirtschaft Mittel in jenem Umfang nicht mehr zur Verfügung. In jedem Fall wird kurz- oder längerfristig nicht mehr die gleiche Menge an Kapital für private Investitionen zur Verfügung stehen. Durch diesen Prozess der Aneignung wird kein zusätzlicher Reichtum geschaffen.

In der Regel stammen mehr als 90 Prozent der Staatsfinanzierung aus Steuern. Doch die Aneignungskosten umfassen auch die Staatsschulden, die eine ent-

¹⁰ Quelle: Eidgenössische Finanzverwaltung (Referenzjahr 2020).

¹¹ Richard Rahn, persönliche Kommunikation, 17. Mai 2017.

sprechende Steuerbelastung in der Zukunft erfordern. Neben den offiziellen Schulden gibt es auch noch implizite Schulden in Form von nicht finanzierten Rentenversprechen aus dem Altersvorsorgesystem. Zu diesen Kosten kommt die implizite Inflationssteuer hinzu, die aus dem staatlichen Geldmonopol entsteht. Die aktuell niedrige Konsumentenpreisinflation darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich der Preisdruck auf den Vermögensgütermärkten wie dem Aktien- und Immobilienmarkt entlädt und dort für Blasenbildungen und potenzielle Krisen sorgt. Schliesslich können Regulierungen auch als eine Form der Besteuerung angesehen werden: Anstatt direkt einzugreifen, lenkt der Staat die Zuteilung der Mittel, indem er ihre Verwendung einschränkt oder eine bestimmte Verwendung festlegt.

Auf den ersten Blick scheint der öffentliche Sektor in der Lage zu sein, dank der aus dem Privatsektor entnommenen Ressourcen eine beeindruckende Menge an Dienstleistungen zu erbringen. Doch Staatsausgaben sind nicht mit marktbasier-ten Dienstleistungen vergleichbar: Ohne Preissignale und Gewinnmessung gleicht die staatliche Produktion einem Tappen im Dunkeln. In Abwesenheit von Informationen über die Verbraucherpräferenzen – die über die Preise mitgeteilt werden – ist es für den Staat unmöglich zu wissen, was er wie und in welcher Menge produzieren soll. Ohne die Orientierung am Profit, ohne die Disziplin des Wettbewerbs und ohne Verantwortung für Verluste und Misserfolge werden die Ausgaben zudem nie nach unten gedrückt. Vielmehr hängen sie von bürokratischen Anreizen ab. Durch Ausgabenziele werden die zuständigen Beamten sogar dazu ermutigt, die zugewiesenen Budgets aufzubrechen. Weit davon entfernt die Nachfrage zu fördern oder das Wirtschaftswachstum anzukurbeln, übt der Staat damit einen negativen Multiplika-toreffekt aus.¹²

Zusätzlich zu diesen Aneignungs- und Ineffizienzkosten erzeugt jede öffentli-che Ausgabe Sättigungs- und Verdrängungseffekte, indem sie private Angebote er-setzt. Da der Staat seine Ausgaben durch Zwang finanziert oder seine Tätigkeitsbe-reiche durch gesetzliche Sonderrechte schützt, sind private Unternehmen unlauterem Wettbewerb ausgesetzt. Darüber hinaus behindern staatliche Eingriffe den In-novationsprozess: Unternehmer des Privatsektors suchen ständig nach neuen Opti-onen und Möglichkeiten; staatliche Programme hingegen sind oft unflexibel, büro-kratisch und durch Gesetze festgelegt, die nicht geändert werden können, ohne neue demokratische Mehrheiten finden zu müssen.

Es stimmt, dass einige staatliche Ausgaben für Bildung oder Infrastruktur – sofern sie nicht mit der offensichtlichsten Ineffizienz durchgeführt werden – das Po-tenzial haben, zu den Produktionskapazitäten der Menschen beizutragen. Aber selbst in diesem Fall können diese Ausgaben nicht als produktiv angesehen werden, da sie durch Steuern finanziert werden: Wie wir gesehen haben, gibt es keinen em-pirisch nachgewiesenen Zusammenhang zwischen der Höhe dieser Ausgaben und dem Wohlstand, wenn die fiskalischen Kosten berücksichtigt werden.¹³

¹² Daniel J. Mitchell, «The Impact of Government Spending on Economic Growth», Background 1831, Heritage Foundation, März 2005.

¹³ Siehe oben, S. 4.

Staatliche Bestimmungen verschleiern die Tatsache, dass die Akteure auf dem freien Markt und in der Zivilgesellschaft – sowohl gewinnorientiert als auch gemeinnützig – die Fähigkeit haben, Investitionsbedürfnisse in Bereichen wie der Bildung und der Infrastruktur zu erfüllen. Natürlich ist der Staat durch seine Finanzierungsmethode in der Lage, solche Güter im Übermass zu produzieren, aber mit der Folge eines Wohlstandsrückgangs aufgrund der ineffizienten Verwendung knapper Ressourcen.

Im sozialen Bereich verursachen die Staatsausgaben zudem Verhaltensverzerrungen. Die Entnahme von Ressourcen aus dem Privatsektor verringert Arbeits- und Investitionsanreize: Je höher und progressiver die staatlichen Abgaben sind, desto überproportional negativ wirken sie sich auf die Produktion aus. Auf diese Weise subventioniert der Staat die unzureichende Nutzung und Fehlallokation von Ressourcen und macht Freizeit- und Konsumausgaben künstlich attraktiver im Vergleich zur produktiven Tätigkeit und zu Ersparnissen, von denen die wohlfördernde Kapitalbildung abhängt.

Die «soziale» Tätigkeit des Staates hat eine doppelt kontraproduktive Wirkung. Erstens haben staatliche Programme aufgrund der Besteuerung eine dämpfende Wirkung auf die Kapitalbildung. Zweitens entreissen sie dem Einzelnen die Eigenverantwortung, indem sie alle Bürger einheitlichen Programmen unterstellen – sei es in der Altersvorsorge, im Gesundheitssystem oder im Bereich der Bildung. Sparen wird nicht nur wegen der Besteuerung schwieriger, sondern wird wegen der scheinbaren Substitution durch die staatliche Vorsorge auch als weniger notwendig erachtet. Staatsausgaben entmutigen somit von Handlungen, die für die Betroffenen wesentlich gewinnbringender wären, wie etwa die Kapitalisierung ihrer Altersvorsorge oder die Einrichtung persönlicher Gesundheits- oder Ausbildungssparkonten. Solche Lösungen würden gleichzeitig die kostspieligen Anreize zur Übernutzung staatlicher Leistungen verringern, die durch die Vergünstigung und die Kollektivierung von Ausgaben entstehen. Aus diesen Gründen wird die Sozialpolitik auch als «Krieg der einen gegen die anderen»¹⁴ charakterisiert. Im Gegensatz zu privaten Versicherungs- und Sparprodukten oder durch Altruismus inspirierten freiwilligen Transfers schaffen Sozialleistungen, die oft in guter Absicht eingeführt wurden, durch ihre Fehlanreize eine ständige Quelle von gesellschaftlichen Spannungen und vermindern den Wohlstand.

Wie kann die Wirtschaft wiederbelebt werden?

Die Auswirkungen eines übermässigen Staatswesens auf den Wohlstand zeigen, wie falsch die Vorstellung von staatlicher Unverzichtbarkeit in den meisten Wirtschaftssektoren ist und dass erhöhte öffentliche Ausgaben ein Irrweg sind. Daraus ergibt sich die Frage, wie die Wohlfahrt der Gesellschaft in einer Krisensituation gefördert werden kann. Die Antwort ist genau das Gegenteil von mehr Staatsausgaben, nämlich eine Refokussierung des Staates auf seine wesentlichen Kernaufgaben

¹⁴ Pascal Salin, *Libéralisme*, Paris, Odile Jacob, 2000, S. 500.

und eine parallele Senkung seiner Belastung für die Privatwirtschaft. Der Lockdown hat die Rolle von produktiver Arbeit, Handel und Ersparnissen für den Wohlstand deutlich gemacht: Das nachhaltige Wohlergehen der Gesellschaft hat keine andere Quelle. Dies erfordert die Bereitstellung von Waren und Dienstleistungen, die den Erwartungen der Verbraucher durch unternehmerisches Handeln auf den Märkten entsprechen.

Diese Wertschöpfung muss daher erleichtert werden, indem sie weniger stark steuerlich bestraft wird. Im besten Fall, indem zunächst die Gewinn- und Kapitalsteuer auf null gesenkt werden: Diese Besteuerung trägt bloss zur Aufblähung des öffentlichen Sektors bei, da die Last ohnehin indirekt auf die Bürger fällt, seien es Mitarbeiter, Kunden, Lieferanten und – in geringerem Masse – die Aktionäre des Unternehmens. Die Unternehmensbesteuerung ist bei weitem am schädlichsten für die Beschäftigung und die Löhne, da sie unmittelbar das Produktivkapital besteuert, das in Unternehmensaktivitäten und Produkt- oder Prozessinnovationen reinvestiert werden sollte.¹⁵

Die zweite Massnahme, die in Betracht gezogen werden sollte, ist die Abschaffung der direkten Bundessteuer, die seit mehr als 70 Jahren fällig ist. Diese Anomalie im schweizerischen Steuersystem – die ursprünglich provisorisch eingeführt wurde, um die Verteidigungsanstrengungen während der Weltkriege zu bewältigen – trägt überproportional zum problematischen Ausbau des Zentralstaats bei. Durch den Verzicht auf diese Steuer könnte sich der Bund endlich auf seine wenigen legitimen Aufgaben konzentrieren und den Umfang seiner überwältigenden Verwaltung neu definieren.

Eine solche Investition in die Zukunft in Form von Steuererleichterungen wäre bei weitem die klügste Investition, die getätigt werden könnte: Sie würde dem Privatsektor nach individuellen Entscheidungen und unternehmerischer Wirtschaftskalkulation Ressourcen zurückgeben und damit die Verschwendung durch politische und bürokratische Ausgaben reduzieren.

Gleichzeitig könnte – um die Eigenverantwortung in der Altersvorsorge zu erhöhen und unnötige Subventionen abzubauen – das AHV-Referenzalter auf 70 und dann schrittweise auf 75 Jahre angehoben werden.¹⁶ Im Laufe von sieben Jahrzehnten ist die durchschnittliche Lebenserwartung von 67 auf 83 Jahre gestiegen, während die Beschwerlichkeit und die Risiken der Arbeit in einer dienstleistungs- und wissensbasierten Gesellschaft weiter abnehmen und sich der Gesundheitszustand verbessert. Eine so lange Rentenperiode nach dem Arbeitsleben ist nur durch die institutionelle Unbeweglichkeit und Reformunfähigkeit eines Umverteilungssystems zu erklären, das schlecht konzipiert wurde. Die Sanierung der AHV als echte Altersversicherung zur Ergänzung des privaten Einkommens und Vermögens wäre in mehrfacher Hinsicht eine vorteilhafte Reform: Sie würde nicht nur die Kosten senken, sondern auch die Wirtschaft stärken, indem sie die vorzeitige Pensionierung von qualifizierten und erfahrenen Arbeitskräften vermeiden würde.

¹⁵ Siehe auch Pierre Bessard, «Die Illusion der Unternehmensbesteuerung», Zürich, Liberales Institut, Februar 2008.

¹⁶ Siehe auch Pierre Bessard und Paolo Pamini, «Jenseits des Drei Säulen-Mythos», Zürich, Liberales Institut, 2016.

Schliesslich sollte sich die Krankenversicherung auf Grossrisiken konzentrieren, um die Kosten zu senken. Die übermässige Kollektivierung der Gesundheitsausgaben wird als Hauptursache für die Explosion der Krankenversicherungsprämien anerkannt. Unnötige Übermedikalisierungsakte, die aus den derzeitigen Fehlansätzen resultieren, machen schätzungsweise bis zu einem Drittel der Ausgaben aus.¹⁷ Um die Entwicklung kostengünstigerer Lösungen zu ermöglichen, sollte sich die Krankenversicherung auf schwere und chronische Krankheiten konzentrieren, was auch ein stärkeres Bewusstsein für Risikoverhalten und Prävention fördern würde. Die laufenden Gesundheitsausgaben könnten über individuelle Gesundheitssparkonten finanziert werden, die vollständig steuerbefreit wären und im Eigentum ihrer Inhaber verblieben.

Das schwerwiegendste Missverständnis über eine «Ankurbelungspolitik» zur Belebung der Wirtschaft ist der Glaube, dass es keine Alternative zum Staat gibt. Der freie Markt und die Zivilgesellschaft, das heisst, die Menschen, die direkt von ihren Entscheidungen betroffen sind, können nicht nur die für ihr Wohlergehen notwendigen Güter und Dienstleistungen produzieren, sondern tun dies erfahrungsgemäss auch besser und günstiger.

Auch wenn es kein «perfektes» Allheilmittel für eine komplexe und vielschichtige Situation gibt, so erfordert die gegenwärtige aussergewöhnliche Krise doch in erster Linie die Freisetzung von produktiven Energien und Ressourcen für den Aufschwung – vor allem im Interesse der jüngeren Generationen und ihrer Perspektiven, die durch das Übergewicht des Besteuerungs- und Umverteilungsstaats am stärksten benachteiligt würden.

¹⁷ Siehe auch Pierre Bessard und Olivier Kessler (Hrsg.), *Zu teuer! Warum wir für unser Gesundheitswesen zu viel bezahlen*, Zürich, Edition Liberales Institut, 2019.



LIBERALES INSTITUT

Impressum

Liberales Institut
Hochstrasse 38
8044 Zürich, Schweiz
Tel.: +41 (0)44 364 16 66
institut@libinst.ch

Alle Publikationen des Liberalen Instituts finden Sie im Internet unter www.libinst.ch.

Disclaimer

Das Liberale Institut vertritt keine Institutspositionen. Alle Veröffentlichungen und Verlautbarungen des Instituts sind Beiträge zu Aufklärung und Diskussion. Sie spiegeln die Meinungen der Autoren wider und entsprechen nicht notwendigerweise den Auffassungen des Stiftungsrates, des Akademischen Beirates oder der Institutsleitung.

Die Publikation darf mit Quellenangabe zitiert werden.
Copyright 2020, Liberales Institut.